

## Medienkonferenz

Freitag, 31. August 2018

Es gilt das gesprochene Wort

# Bilaterale Abkommen werden wichtiger

Dr. Jan Atteslander, Mitglied der Geschäftsleitung economiesuisse, Leiter Aussenwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Exportnation Schweiz ist seit sechs Monaten mit einem schnell eskalierenden Handelskonflikt konfrontiert. Ich werde in drei Punkten auf die Betroffenheit der Schweiz, auf den dadurch veränderten Kontext unserer Aussenwirtschaftsstrategie und auf konkrete Massnahmen eingehen.

### Handelskonflikt betrifft die Exportnation Schweiz über drei Schienen

Wir sind davon direkt und indirekt betroffen. Bei der direkten Betroffenheit durch US-Strafzölle sind unsere Stahl- und Aluminiumexporte in die USA mit einem Volumen von 87 Millionen Franken (2017) zu nennen. Die Schutzmassnahmen der EU zur Verhinderung einer «Importschwemme» betrifft ein Schweizer Exportvolumen beim Stahl von 952 Millionen Franken (2017). Indirekt sind Schweizer Unternehmen auch betroffen, wenn die Exporte ihrer ausländischen Tochtergesellschaften mit Strafzöllen belegt werden, z.B. Standorte in China. Ein weiterer indirekter Effekt ergibt sich durch die Dämpfung des Weltwirtschaftswachstums als Folge des eskalierenden Handelskonflikts. So kann der Handelskonflikt im Jahr 2020 einen Wachstumsrückgang um ein halbes Prozent auslösen (IWF, Juli 2018). Ein solcher Rückgang wird sich je nach Branche spürbar auf die Exporte auswirken. Es ist gut möglich, dass wir beim Handelskonflikt das Größte noch vor uns haben.

### Veränderter Kontext unserer Aussenwirtschaftsstrategie

Was hat sich nun für die strategische Ausrichtung unserer Aussenwirtschaftspolitik geändert? Die Handelskonflikte zwischen den USA, China und der EU werden auch in der WTO ausgetragen. Das Streitlichtungsverfahren der WTO ist jedoch wegen blockierter Neubesetzungen im Berufungsgericht nicht mehr voll funktionsfähig. Der Konflikt reduziert das Vertrauen zwischen den wichtigsten Mitgliedern. Dies schwächt tendenziell die WTO – gleichzeitig erkennen nun immer mehr Kreise die enorme Bedeutung eines stabilen Welthandelssystems. Die Frage der Rechtssicherheit bestehender internationaler Abkommen wurde viel wichtiger. Wenn die drei Grossen protektionistische Massnahmen umsetzen, werden auch andere Staaten den Griff in den gleichen Giftschrank machen. Der Protektionismus dürfte in weitere Bereiche einsickern.

Wegen der Schwächung des Multilateralismus werden bilaterale Abkommen an Relevanz gewinnen. Strategisch bedeutet dies für unsere Aussenwirtschaftspolitik, dass bilaterale Freihandels-, Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen wichtiger werden. Ebenso verbindliche Streitschlichtungsmechanismen zur Wahrung der Rechtssicherheit.

### **Was ist zu tun?**

1. Mit unserem wichtigsten Aussenwirtschaftspartner, der EU, sind die aktuellen Chancen zu nutzen. Mit einem guten Rahmenabkommen könnte nach über zehn Jahren der europapolitische Stillstand überwunden werden. Dies brächte Verbesserungen für den Finanzplatz, bei technischen Industrienormen, der Forschung und dem Elektrizitätsmarkt Schweiz.
2. Die Schweiz hat ein sehr gutes Netz an Freihandelsabkommen. Diese Abkommen sind statischer Natur, weshalb sie fortlaufend aktualisiert werden müssen. Wichtig ist die zügige Aktualisierung der bestehenden Freihandelsabkommen mit China, Japan, Kanada, Mexiko.
3. Der Schweiz fehlen noch Abkommen mit Ländern, die ein hohes Exportpotenzial aufweisen. Die laufenden Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen mit Mercosur, Indonesien, Malaysia und Vietnam sind daher möglichst bald abzuschliessen.
4. Die grösste Lücke im Netz der Schweizer Freihandelsabkommen sind die USA. Das Land weist das grösste Exportpotenzial für Schweizer Unternehmen auf. Eine aktive Exploration für ein Freihandelsabkommen mit den USA wird daher unterstützt.
5. Diese Massnahmen brauchen aber eine Anpassung in unserer eigenen Politik: Klare ordnungspolitische Ausrichtung der eigenen Wirtschaftspolitik mit Verzicht auf neue protektionistische Massnahmen und den Rückbau bestehender Fehlentwicklungen. Die vorliegenden Agrarinitiativen, die Selbstbestimmungsinitiative, die Abschottung gegenüber Palmölimporten oder gar eine Investitionskontrollbehörde werden von economiesuisse in aller Deutlichkeit abgelehnt.